

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Nachdruck 1.50 Mk. für die Woche, 6.10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6.10 Mk. für den Monat.  
Verlagsort: Breslau, Socialistischer Verlag e. V. m. B. G. Bernauer-Str. 33/35.  
Bernauer-Str. 33/35.

Dienstag, 29. November 1921

Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Mk., auswärts 0.90 Mk., Stellen- und Wohnungsanzeigen, Sammelanzeigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mk.  
Kleinanzeigen: Die Millimeterzeile, gewöhnlich oder deren Raum im Text 8.— Mk.

## Gegen die Saboteure der Einheitsfront

Sozialdemokratische Instanzen und Zeitungen, an ihrer Spitze der Berliner „Vorwärts“, betreiben in Gemeinschaft mit dem übrigen Bürgertum eine tollste Hege gegen die sich bildende einheitsliche Aktionsfront der gesamten Arbeiterschaft. Kollegen, Genossen, überall in den Betrieben müssen sofort diese Machenschaften, die sich gegen Euch richten und die ihren Ausgang nehmen vom preussischen Spitzekommissar Weiskmann, zurückgewiesen werden. Der Spitzelapparat und die Provokateure des Weiskmann haben gegenüber dem geschlossenen proletarischen Block versagt. So wollen nun die Büttel des Bürgertums, die Koalitionsbrüder von der sozialdemokratischen Führerschaft, dieses schmutzige Geschäft besorgen. Sebering und Hörfing haben im März gezeigt, daß sie Arbeiter zu provozieren, niederzuschlagen, und mit blauen Bohnen „satt“ zu machen verstehen. Soll ihnen das noch einmal gelingen? Arbeiter in den Betrieben, steht fest zusammen gegenüber diesen neuen Anschlägen auf die proletarische Einheitsfront. Lebt eiserne proletarische Solidarität.

### Sie wiederholen das alte Spiel.

Ein neuer Kommunistenputsch als Schreckenöspenst an die Wand gemalt — das reichte nicht aus, um die Gegnerschaft der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Stimmepolitik zu überwinden. Der Hinauswurf der SPD. aus den gemeinsamen Verhandlungen, die Versuche, die Kommunisten zu isolieren — das genügte nicht, um den Drang der sozialdemokratischen Arbeiter nach der proletarischen Einheitsfront zu töten. Der Parteivorstand der SPD. brauchte mehr: Der Griff lag nahe; in dem Spitzelkommissariat des Herrn Weiskmann lag allerlei aufgespeichert, woran bisher nur polizeiliche Spürhunde Interesse gefunden haben. Der „Vorwärts“ nahm dieses Material (und die SPD.-Presse der Provinz, soweit es sich nicht um anständige Arbeiterblätter handelt, übernahm dieses Material aus dem „Vorwärts“, um zu „entwässern“, um einen Schlag zu führen, nicht nur gegen die Kommunisten, nein, gegen die gesamte Arbeiterschaft. Die werdende proletarische Einheitsfront sollte gesprengt, in die Arbeiterchaft Betwirrung und Zwietracht hineingeführt werden.

Was liegt eigentlich vor? Im Juni hatte man der Genossin Jettin Material abgenommen. Weiskmann bekam es gleich in seine Hände. Er zeigte seinen ganzen Spitzelapparat in Bewegung, um Nachforschungen anzustellen. Aber selbst er hielt die Angaben für phantastisch. Er wagte nicht, gegen den Genossen Eberlein vorzugehen. Und das, trotzdem sonst Mißliebige bei dem geringsten Schein eines Verdachtes auf die Anklagebank geschleppt werden.

Der „Vorwärts“ aber scheut sich nicht, zu gebrauchen, was selbst ein Weiskmann nicht verwenden konnte. Die Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter über die Koalition mit Stinnes, über die Haltung der SPD.-Führung in den letzten Tagen veranlaßte die SPD.-Führer, zu Mitteln zu greifen, die bisher im politischen Leben unerhört sind. Um die sozialdemokratischen Arbeiter abzulenken, taten die SPD.-Führer, was bisher selbst bürgerliche Parteien im politischen Kampfe verschmäht hatten: Sie holten sich ihre Argumente aus den Schränken der politischen Polizei.

Das war der eigentliche Zweck der Uebung. Um den Zusammenschluß der Arbeiter zu einem gemeinsamen Kampf zu verhindern, greifen die SPD.-Führer zu den schändlichsten Mitteln. Um die Zersplitterung der Arbeiter aufrechtzuerhalten, würdigt sich das Zentralorgan der SPD. herab zum Organ des Spitzelkommissars Weiskmann. Die „Sozialistische Korrespondenz“ spricht klar aus, was die SPD.-Führer wollen:

„Darum ist gegen den Abg. Eberlein, den Hauptbelasteten und die Mitbelasteten Delsner, Schumann und (in dem noch nicht veröffentlichten Material) Geisler nicht länger Anklage wegen Landesverrats, Hochverrats, Anstiftung zum Mord usw. erhoben worden? ... Die Anklage gegen Eberlein und Geisler wäre sehr mißverständlich. ... Es wird möglich sein, die wahren Verbrecher von Mitteldeutschland der Strafe zuzuführen. Wir erklären ohne jeden Rückhalt, daß wir das aufrichtig bedauern. ... Nie darf ein ehrlicher Sozialdemokrat an eine Einheitsfront mit solchem abscheulichen Schwindel denken. Gegen diese moralisch und durch und durch verkommenen kommunistischen Führerschaft gibt es nur eine Parole: Kampf bis zu ihrer Beseitigung aus dem öffentlichen Leben.“

Selbst die „S. R.“ muß anerkennen, daß das vorliegende Material keine Grundlage für eine Anklage bietet. Aber trotzdem schlägt sie Edue an, die an jene Zeit erinnern, da im „Vorwärts“ das bekannte Häßlergedicht stand: „Karl, Rosa, Kabel und Kampanei, es war keiner dabei, es war keiner dabei!“ Das zeigt, daß die SPD.-Führer zu allem entschlossen sind, um den Willen der Arbeiterschaft zu brechen.

Die „Freiheit“ hätte bei ihrer Kritik diesen eigentlichen Zweck der Veröffentlichungen des „Vorwärts“ durchschauen müssen. Sie schreibt aber:

Was folgt daraus für die gegenwärtige Situation? Was ist die Pflicht der führenden Schichten der deutschen Arbeiterklasse in dieser durch den wirtschaftlichen Notstand tief aufgewühlten Zeit? Sorgfältiger kann je

müssen sie darauf achten, daß die in den Massenorganisationen des Proletariats zusammengeballte Kraft nicht wieder durch kommunistische Störenfriede und Putschisten verzerrt wird. . . .

Diese Stellungnahme der „Freiheit“-Redaktion steht in ausdrücklichem Widerspruch zu der Haltung der USF. und ihrer Zeitung. Sie stellt einen Versuch dar, ein gemeinsames Handeln der Arbeiterschaft, wozu sich die USF. verpflichtet hat, zu verhindern.

Die gesamte Arbeiterschaft aber wird das Spiel der SPD.-Führer durchschauen. Noch nachdrücklicher als bisher muß die Arbeiterschaft sich zum gemeinsamen Kampf zusammenschließen. Noch entschlossener als bisher muß für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront gewirkt werden. Der jetzige Augenblick stellt der Arbeiterklasse ernste Aufgaben. Alle Arbeiter sind einig im Willen zum Kampf gegen die Stinnesregierung, gegen die Raubpläne

des Großkapitals, gegen den Steuerraubzug. Sie durch Denunziationen auf Grund alten Materials des Herrn Weiskmann, das jetzt unter der Amtszeit des sozialdemokratischen Ministers Sebering zum Vorschein kommt, nachdem es unter dem bürgerlichen Ministerium Stegerwald-Dominicus im Aktienraub gerührt hat, aufeinander zu hegen, wird den SPD.-Führern nicht gelingen.

Darum mag die SPD.-Presse ihre Veröffentlichungen fortsetzen und ihre Kommunistenhege geruhig auf die Spitze treiben. Es wird ihr bald gereuen. Die Arbeiterschaft läßt sich nicht mehr verwirren und zersplittern. Ein 4 August, vier Jahre Krieg, drei Jahre Revolution, das sind so prägnante Lehren für jeden einzelnen Arbeiter, die seinen Willen zur geschlossenen proletarischen Klassenfront so unbiegsam gemacht haben, daß alle Hege auf Grund des Weiskmannschen Spitzelmaterials nichts dagegen auszurichten vermag.

## Rede des Gen. Eberlein im Preussischen Landtage.

### Wer hat provoziert?

Sitzung vom Freitag, dem 25. November.

Der Herr Minister des Innern hat seine Tätigkeit mit drei Maßnahmen begonnen. Das erste, was er leistete, war, daß er über Berlin den kleinen Belagerungszustand verhängte, nach dem politische Versammlungen und öffentliche Umzüge verboten sein sollen. Die zweite Maßnahme war, daß er einen geradezu lächerlichen Wuchererlaß herausbrachte, der keinem Menschen wehe tun und mit dem er sicherlich von vornherein nichts erreichen wird. Die dritte Maßnahme war, daß er heute früh im „Vorwärts“ einen Vorstoß gegen die kommunistische Partei

zu unternehmen versuchte, um nachzuweisen, daß die kommunistische Partei den mitteldeutschen Aufstand veranlaßt habe. Er hat zwei Berichte von zwei in Mitteldeutschland angelegten kommunistischen Veröffentlichungen, aus denen diese Tatsache nachgewiesen werden soll.

Das Charakteristische an diesen Veröffentlichungen ist, daß sie seit Anfang Juni in den Akten des Herrn Staatskommissars für öffentliche Ordnung liegen und daß, trotzdem in diesen Veröffentlichungen sehr schwere Vorwürfe, darunter auch gegen mich, erhoben werden, bis heute von dem Herrn Staatskommissar absolut noch nichts unternommen worden ist.

Das weder irgendeine Anklage erhoben, noch sonst etwas geschehen ist. Auch gegen diejenigen, die nicht Abgeordnete sind, ist nichts unternommen worden. Mir war bekannt, daß diese Akten bei Herrn Weiskmann lagen, und ich habe aus diesem Grunde mir schon rechtzeitig das nötige Material zur Hand gelegt, um darauf antworten zu können; ich wußte, daß Weiskmann und seine Handlanger dieses Material in einem gegebenen Moment benutzen würden, um gegen die kommunistische Partei einen politischen Kampf zu führen. Diese Maßnahmen verfehlen wir vollständig. Die Arbeiter der Sozialdemokratischen Partei sind über die Koalitionspolitik außerordentlich aufgeregt. Seit man nun wird mir das gewiß bestätigen, er wird sich entsinnen, um welcher Empörung die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei über diese Koalitionspolitik denken, und wie im Hinblick daran heute die Arbeiter eine partei Bewegung einzuleiten verziehen, um die Verhafteten aus dem mitteldeutschen Aufstand zu befreien.

Die Sozialdemokratie steht, daß sie diesem Widerstand nicht mehr standhalten kann, und versucht, durch politische Tricks die Arbeiter von den Tatsachen abzulenken.

### Woher das Material kommt.

Die Tatsache, daß seit vier, fünf Monaten Material im Ministerium des Innern bei meinem Freund Weiskmann liegt, ohne daß er etwas getan hat, beweist, daß Herr Weiskmann selbst nicht an all die Dinge geglaubt hat, die in dem Material veröffentlicht sind. Der „Vorwärts“ glaubt auch nicht daran, und Weiskmann kann schon daran nicht glauben, weil er das ganze Material, das in seinen Akten liegt, nicht veröffentlicht und auch der „Vorwärts“ es nicht veröffentlicht wird. Inwieweit ist die Mitteilung des „Vorwärts“ falsch, daß es Verleumdungen sind, die an die Zentrale der kommunistischen Partei gerichtet sind. Nein, diese Verleumdungen sind angeordnet auf Veranlassung des Advokaten Dr. Paul Levi, der vor und zur Zeit der von Hörfing provozierten Märzunruhen eine gewisse, nicht ganz einseitige Rolle in der kommunistischen

Partei spielte, und der nach der Märzaktion mit seinen Leuten in der Provinz herumreiste, um Material gegen die kommunistische Partei zu sammeln und nachzuweisen, daß es sich hier um einen kommunistischen Putsch handle. Auf Grund der Aufforderung zur Bearbeitung durch Levi haben Levi und Bohlitz diese Berichte niedergeschrieben. Sie wollen durch diesen Bericht nachweisen, daß die kommunistische Partei die Bewegung in Mitteldeutschland entfacht hat.

Erlauben Sie mir, daß ich aus dem Protokoll, das damals in Mitteldeutschland abgefaßt wurde, Ihnen folgende Daten bekannt gebe.

### Hörfings Erlaß.

Der Erlaß Hörfings kam am 15. März zuhande. Ich selbst reiste am 22. März nach Halle, und in der Sitzung, die am 22. März in Halle stattfand, wurde auf Antrag der Bezirksleitung durch zwei Kurier in Mansfeld mitgeteilt, daß da die Mansfelder Arbeiter im schwersten Kampf stünden, dort bereits Blut geflossen ist und daß sie die Bezirksleitung auffordern, endlich den Generalkrieg über Mitteldeutschland zu erklären.

Trotzdem erklärte die Bezirksleitung am 21., daß sie nun nicht imstande sei, den Generalkrieg zu erklären, bevor nicht die Zentrale meiner Partei dazu aufgefordert habe; sie forderten einen Bevollmächtigten der Zentrale an, und am 22. reiste ich dann als solcher nach Mitteldeutschland. Am 22. waren die Kämpfe im Mansfelder Gebiet seit drei Tagen im Gange; es war Blut geflossen, es gab bereits Tote, als ich in Mitteldeutschland ankam, so daß von einer Provokation seitens meiner Partei oder meinerseits zum Aufstand gar keine Rede sein kann.

### Seberings Aussagen.

Der Minister Sebering hat ja auch damals, als die Aussprüche hier im Hause stattfanden, im Getreuen Ernst ausdrücklich erklärt: ja wohl, er sei es gewesen, der diesen Aufstand provoziert habe, der ihn gewollt habe, um die Arbeiter niederzuschlagen, um die Arbeiter zuerst einmal herauszufordern, zu provozieren, um sie dann niederzuschlagen zu können. Das ist auch in dem Untersuchungsausschuß, in dem ja Herr Kollege Kuttner Vorsitzender war, zur Sprache gebracht worden. Und der Staatskommissar Weiskmann — ich weiß nicht, ob er gerade eine schwache Stunde gehabt hat — hat in diesem Untersuchungsausschuß nach dem Bericht erklärt:

„den Zeugen Weiskmann über die Maßnahmen Seberings, des damaligen preussischen Innenministers, zu hören. Sebering war für diese Politikation gegen die Kommunisten. Der Zeuge hielt sie nicht für notwendig.“

Noch nicht einmal Herr Weiskmann hielt sie für notwendig! Später sagte ihm Sebering: „Sehen Sie, meine Meinung war die richtige. Auf unser Vorgehen wurden die Kosten zum Ausschlagen veranlaßt.“

Das ist eine Aussage von Weiskmann! Dadurch sind wir hinter die Waffenlager gekommen! Der Vorsitzende Kutner nimmt natürlich sofort Anlaß, seinen Freund Sebering in Schutz zu nehmen. Aber die Aussage war gemacht. Das ist eine fatale Geschichte. Damit hat

Weiskmann bestätigt, was Sebering bereits im Getreuen Ernst geschrieben hatte, daß er die Hege gehabt habe, die mitteldeutschen Arbeiter zu provozieren, um sie niederzuschlagen, um die erregte Arbeiterschaft zu „beruhigen“.

Es kann also gar keine Rede davon sein, daß ich am 22. Mitteldeutschland gekommen bin, um dort einen Aufstand

Handwritten mark



zu provozieren. Im Gegenteil; meine erste Maßnahme war dort, daß ich gegen alle die Elemente, die diese einzelnen Sprengungen vorgenommen haben, mit aller Schärfe aufgetreten bin. Sondern es liegt die Tatsache fest, daß nach dem 22. in Mitteldeutschland keine Bombenattentate mehr stattfanden, daß alle diese Attentate vorher stattgefunden haben, und daß auf Grund unseres Einflusses auf die erregte Arbeiterschaft nach meinem Eintreffen diese Attentate unterblieben.

Wenn in diesen Berichten weiter gesagt wird, daß unter den Arbeitern keine Stimmung für einen Aufstand vorhanden war, wie der „Vorwärts“ das in seiner Aufstellung schildert, so ist das richtig. Das trifft aber nicht auf das Mansfelder Gebiet zu, denn da wurde seit drei Tagen gekämpft, sondern auf das gesamte übrige Gebiet, und es war selbstverständlich unsere kommunistische Aufgabe, in dem übrigen Gebiet Stimmung für die Unterbindung der im Mansfelder Gebiet kämpfenden Arbeiter zu machen. Es war unsere Pflicht, die übrige Arbeiterschaft aufzurufen, die Mansfelder zu unterstützen, ihnen zu helfen.

Daß die Stimmung unter den Arbeitern nicht so war, wie es notwendig gewesen wäre, daß das Selbstattentat noch nicht hart genug war, das hat ja leider die Tatsache bewiesen, daß die übrigen Arbeiter den Mansfeldern nicht in genügendem Maße zu Hilfe gekommen sind.

Wenn dann weiter in diesen Aufzeichnungen von Sprengungen die Rede ist, von Eisenbahnwagen mit Munition, Munitionslagern usw., so habe ich damals schon ausdrücklich erklärt, wenn Arbeiter sich im Kampf befinden — und sie befinden sich seit Tagen im Kampf —, ist es Pflicht der übrigen Arbeiter, dafür zu sorgen, daß ihre Feinde nicht imstande sind, ihnen Waffen und Munition zuzuführen; und wenn mir gesagt worden ist: da und dort stehen solche Lager, habe ich selbst den Arbeitern gesagt: wenn Ihr verhindern könnt, daß diese Waffen nach Mansfeld kommen, ist es eure Pflicht.

### Der Zweck derhebung.

Wenn Sie also diese Erklärung der Land- und Volkswirtschaft gegen die kommunistische Partei ausschalten wollen als einen Beweis, daß wir die Bewegung dort ins Leben gerufen und provoziert haben, so werden Sie nicht imstande sein, die Aussagen der Sehering und Weismann damit zu widerlegen, denn diese Erklärungen der Land- und Volkswirtschaft stammen aus einer viel späteren Zeit als der des Aufstandes.

Alle Ihre Bemerkungen, die Arbeiter jetzt auf Grund dieser Dinge gegen die kommunistische Partei schärfer zu machen, werden Ihnen nicht gelingen. Die Produktivgenossenschaften sind nie in die Luft gesprengt worden. Es ist eine Phantasie, die niemand ernst genommen hat, die nirgends zu einem Verstoß geworden ist. Aber selbstverständlich sind überall, nicht nur in Mitteldeutschland, alle möglichen Hirngespinnne auch unter Arbeitern ausgebreitet. Das ist eine Folge der militärischen Einstellung des gesamten deutschen Volkes durch den vierjährigen wahllosen Krieg, der nicht den Willen, der von Currier Wände in Szene gesetzt worden ist, und wir hatten in diesen zwei Jahren alle Mühe, aus dem Kopf so manchen Arbeiters diese militärische Einstellung auszutreiben und ihn auf politische Gesichtspunkte und Fragen einzustellen. Das war auch entscheidend im Falle Land. Land war einer von denen, die zu wenig politisch und viel zu militärisch eingestellt waren. Er sollte deshalb wegen seiner Phantasien aus Mitteldeutschland abberufen werden. Ich habe hier z. B. ein Protokoll, wonach er bereits am 18. aus Mitteldeutschland abberufen worden ist, auf Beschluß meiner Partei Mitteldeutschland verlassen sollte, weil er nicht politisch eingestellt war, diese Dinge nicht politisch sah, und sein ganzer Verstand zeigt ja, daß er rein aus dem Gehirn eines militärisch denkenden niedergeschriebenen ist, ohne jeden politischen Zusammenhang.

Diese Protokolle, die Sie heute früh im „Vorwärts“ lesen, legen meiner Partei vor. Ein Zentralauschuß, der am 4. und 5. Mai getagt hat, hat sich bereits mit diesen Dingen eingehend beschäftigt. Alle Beteiligten sind dabei zu Worte gekommen. Sie werden mir gestatten, die Erklärung, die der Zentralauschuß meiner Partei zu diesen Niederwürstchen erteilt hat, hier im Vorlauf zur Kenntnis zu geben.

Am 5. Mai erklärte der Zentralauschuß, daß die von der Opposition gegen die Märzaktion als Material über den Zustand der Partei schriftlich bereitgestellten Nachrichten zum größten Teil bezwungene Unwahrheiten und leichfertige Behauptungen sind.

Diese Berichte gehören zu Verstoßmaterial. Der Zentralauschuß prüft seine schriftliche Feststellung den Beiträgen und Berichten dieses Materials aus, und beschließt: wer weiter solche lügenhaften und demagogischen Material herausgibt und verbreitet, ist aus der Partei auszuschließen. Das ist beschlossen worden, nachdem der gesamte Zentralauschuß, alle Beteiligten ausführlich zu diesen Dingen gesprochen hatten. Sie haben es unterlassen und bedauern, daß sie solche Dinge niedergeschrieben haben. Sie bedauern sich außerdem, wie Ihnen sehr wohl bekannt ist, auf der Hand, und es bezieht seine Möglichkeit meiner Partei, gegen sie vorzugehen. Trotz ihrer Fehler werden wir sie natürlich nicht der Hand der Justiz, dieser Bande hier, ausliefern. Das können Sie sich denken.

Die Berichte, diese Mittelungen gegen meine Partei auszuschließen, werden Ihnen festhalten, da die Arbeiter brauchen über die Landdiebstahl werden, ausgerechnet in diesem Moment diese Dinge zu veröffentlichen, in welchem es gilt, eine einheitliche geschlossene Front gegen die unehrliche Behauptung der Arbeiter, gegen die Anwerberverweigerung usw. in Szene zu setzen.

## Die Leipziger Arbeiter für einen Betriebsvertreter-Kongreß.

Am Freitag abend fand in der Textilhalle in Leipzig eine von 6000 Arbeitern besuchte Versammlung statt. Die Arbeiterdelegierten, die zur Berliner Konferenz gewesen waren, gaben in dieser Versammlung Bericht. Es sprachen die Vertreter der großen Betriebe. Reichstagsabgeordneter Weimann schilderte die Vorgänge bei den Verhandlungen mit dem Reichsjustizminister und das Zustandekommen des Berliner Arbeitervertreterkongresses. Unter stürmischer Zustimmung der Versammlung forderte der Redner die Bildung der Einheitsfront aus den Betrieben heraus, die über die Parteilisten hinweg geschaffen werden müßte. Zu zwei Entschlüsse wurde die Einberufung einer Betriebsräteversammlung in Leipzig gefordert. Außerdem wurden die Parteileistungen aufgeföhrt, mit dem Gewerkschaftsstatell sofort zusammenzutreten, um Stellung zu nehmen zur Einberufung des Reichsbetriebsrätekongresses. Die Haltung der „Leipziger Volkszeitung“ zu der Berliner Konferenz wurde von den Versammelten, unter denen sich viele USP- und SPD-Arbeiter befanden, hart gemißbilligt. Die Arbeiter sind willens, in den Betrieben alles zu tun, um das Zustandekommen des Betriebsrätekongresses durchzuführen.

## Die Erfurter Betriebsräte für den Kampf gegen Klassenjustiz und Steuerraubzug.

Die am Donnerstag, den 24. November 1921, tagende Betriebsräteversammlung zu Erfurt nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem ungeschicklichen Verhalten der Klassenjustiz gegenüber den politischen Inhaftierten und verurteilt aufs schärfste das brutale, den Stimmes-Interessen entsprechende Verhalten des sozialdemokratischen Justizministers Rabbruch.

Die Betriebsräte Erfurts fordern die sofortige Freilassung aller aus politischen Gründen inhaftierten Arbeiter und deren Amnestierung. Das Verhalten der Regierung gegenüber den Forderungen der gesamten Arbeiterschaft zeigt, daß die Stimmes-Regierung bereit ist, künftig in verschärfter Weise die Ausbeutung und Knechtung der Arbeiter durchzuführen. Wie sie unsere Lichtenburger Genossen verhungern läßt, so wird sie durch weitere Herabdrückung des Reallohnes der Arbeiter und Angehörigen durch Zulassung des Lebensmittelwuchers, durch Verschärfung der Ausbeutung, der Durchbrechung des Achtstundentages, durch neue Steuern, durch das Antikreisgesetz und durch Anwendung bewaffneter Gewalt gegenüber der Arbeiterschaft mehr und mehr die hungernde Bevölkerung dem Hunger preisgeben.

Die Betriebsräte von Erfurt fordern im Auftrag ihrer Belegschaften die gesamte Arbeiterschaft auf, sich ernstlich ihrer Pflicht bewusst zu werden und durch Bildung der einheitlichen Kampffront die Maßnahmen der Stimmes-Regierung abzuwehren. Zur Erreichung ihres Zieles ist die sofortige Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses notwendig.

Mit Entrüstung hören wir von dem passiven Verhalten der Betriebsrätezentrale und der Leitung des ADGB. Sollten diese zentralen Körperlichkeiten auch weiterhin die Bildung der einheitlichen Kampffront der Arbeiter verhindern, so erwartet die Erfurter Arbeiterschaft von den Betriebsräten Groß-Berlins, daß sie ohne ihre Führer für sofortige Einberufung des Reichsbetriebsrätekongresses eintreten.

## Für die Zusammenfassung der Lohnkämpfe.

In zwei fast besuchten Mitgliederversammlungen des ADGB in Höhe am 18. November wurde einstimmig folgende Resolution angenommen, die darum interessant ist, weil sie beweist, daß der Gedanke der Zusammenfassung der Lohnkämpfe immer mehr in den Arbeitermassen Fuß faßt. Die Resolution lautet:

Die am 18. November, nachmittags 4 Uhr im Zitiertalhof Höhe tagende Mitgliederversammlung des ADGB fordert die Ortsvereine zum sofortigen Schritte zu unternehmen, damit in den demnächst stattfindenden Lohn- und Tarifverhandlungen die Vereinigung mit den Gewerkschaften, die Einigung, die Einigung mit allen anderen Zahlstellen des ADGB im ganzen Industriegebiete hergestellt wird. Die betreffenden Bezirke stellen ihre eigenen ständigen Forderungen auf, müssen aber dafür sorgen, daß die Verhandlungen zu gleicher Zeit geführt und durchgeführt werden. Die Vertretung steht in den zeitlich und örtlich auseinander-

gerissenen Bezirksverhandlungen eine große Gefahr, die die Niederlage herbeiführen kann, nur ihre Zusammenfassung bietet Ausichten auf vollen Erfolg.

## Der Deutsche Beamtenbund gegen die Stinnesierung der Eisenbahnen.

Der Deutsche Beamtenbund richtet an seine Landes- und Provinzialstellen folgende Rundgebung, in der es heißt:

„Die Sanierung der Eisenbahnen, die nötig ist, kann ohne Auslieferung der Reichseisenbahnen in die Hände des privaten Großkapitals bei Durchführung gesunder wirtschaftlicher Grundsätze erreicht werden. Mit der Eisenbahnbeamtenliste sind sich alle anderen im Deutschen Beamtenbund organisierten Beamten darüber einig, daß dieser selbstständige, mit dem Gemeinwohl unverträgliche Versuch der Industrie mit allen Mitteln abgewehrt werden muß.“

Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes  
gez.: Dr. Böller.“

## Die Verhandlungen wegen der Deutschen Werte.

Bekanntlich hatten sich Vertreter des Reichsstaatsamtes und der Deutschen Werke nach Paris begeben, um dort bei den zuständigen Ententestellen die Vorstellungen zu erheben, die die deutsche Regierung und mit ihr die gesamte Arbeiterschaft der Deutschen Werke gegen die weitere sinnlose Verführung von Liebeswerten bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht hat. Die deutschen Vertreter sind jedoch aus Paris zurückgekehrt und haben, wie die „B. P. N.“ hören, bei den Verhandlungen in Versailles den Eindruck gewonnen, daß man auf gegnerischer Seite bemüht ist, sich sachlich in die Angelegenheit zu vertiefen, und daß man die Darlegungen der deutschen Vertreter mit Interesse aufgenommen hat. Die weiteren Entscheidungen werden in Versailles getroffen werden.

Ein Erfolg des deutschen Unternehmers dem Konkurrenz der französischen Kapitalisten gegenüber ist sehr zweifelhaft. Die Erhaltung der Deutschen Werke ist auf die Dauer davon abhängig, inwieweit die Arbeiter Produktionskontrolle in diesen Betrieben sich erkämpfen werden.

## Am Erzbergermord Beteiligte verhaftet.

WTB. Breslau, 25. November.

Wie das Polizeipräsidium mitteilt, wurde auf Ersuchen des Untersuchungsrichters in Osnabrück vorgestern hier ein Student Koppe verhaftet und nach Anstaltsabstrafe abtransportiert. Außer ihm wurden noch sechs weitere Studenten festgenommen, es sind dies ein Bruder des Koppe, Bernhard, ferner die Studenten Rische, Rowack und zwei Freiberrn von Redlich-Meulrich. Es liegt der Verdacht der Gebeimbündelei gegen sie vor. Die Ermittlungen werden voraussichtlich in den nächsten Tagen zum Abschluß gelangen, dann werden die Verhafteten, nachdem die Kollisionsjahre befristet ist, wieder freigelassen werden.

Nach anderen Mitteilungen steht diese Verhaftung in Beziehung zum Erzbergermord.

Die Freilassung vorher anzukündigen, wenn man schon einige monarchistische Verschwörer zum Schein verhaftet hat, ist eine Unberücksichtigung, die mit bei der deutschen Justiz möglich ist.

## Die Nationalgesinnten.

Der Verband nationaler Offiziere treibt seine Agitation ganz offen und ist über das ganze Reich verbreitet. In Berlin wurden jetzt einige Personen wegen Geheimbündelei verhaftet, angeblich im Zusammenhang mit der Geheimorganisation, die aus der Erzberger-Affäre bekannt wurde. Unter den Verhafteten befinden sich der Gesellschaftsleiter und zwei Kassierer des „Verbandes der nationalgesinnten Offiziere“ aus der Berliner Schellingstraße, wo sich das gegenrevolutionäre Hauptquartier der antisowjetischen Liga „zur bei nderen Verwendung“ befindet.

## Gewerkschaftlicher Selbstschutz.

Hamburg, 25. November 1921.

Der Hamburger Ortsauschuß des ADGB hat die Arbeiterschaft zur Bildung eines „gewerkschaftlichen Selbstschutzes“ gegen Konsumtentbewachung“ aufgerufen. Die Bestraffung dieses Selbstschutzes sollen in den Läden die Kontrolle über die Preisbildung ausüben. Wie die „Hamburger Volkszeitung“ meldet, nimmt das gesamte Bürgerium in der bestigsten Weise gegen diese Maßnahme der Gewerkschaften Stellung und droht mit allen Gesetzesparagrafen vom „Hausfriedensbruch“ bis zur „Nötigung“ dagegen vorzugehen.

## Wirbelsturm.

Roman von Anzor Nagz.

Das den unterirdischen Flüssen überströmten von Stefan I. Klein

„Ich danke Ihnen, danke Ihnen! Herzgott noch einmal!“ — brummte Karpis und ein auch schon fort.

Die Hände legte den Tischplatten auf den Kopf und begann an der herunteren Maschine mit folgendem Satz: „Ich danke, als wäre ich ein irgendein Karpis, der die Gebärde eines von großer Stärke erfüllten ruhigen Menschen.“

„Gute, Karpis! Gute, Karpis!“ — rief er und schaute auf die Hände, die er in den Taschen steckte. „Aber ich will doch jetzt raus!“ — „Gute! Karpis! Gute!“

„Gute! Gute!“ rief er wieder und schaute auf die Hände, die er in den Taschen steckte. „Aber ich will doch jetzt raus!“ — „Gute! Karpis! Gute!“

„Gute! Gute!“ rief er wieder und schaute auf die Hände, die er in den Taschen steckte. „Aber ich will doch jetzt raus!“ — „Gute! Karpis! Gute!“

„Gute! Gute!“ rief er wieder und schaute auf die Hände, die er in den Taschen steckte. „Aber ich will doch jetzt raus!“ — „Gute! Karpis! Gute!“

„Gute! Gute!“ rief er wieder und schaute auf die Hände, die er in den Taschen steckte. „Aber ich will doch jetzt raus!“ — „Gute! Karpis! Gute!“

„Gute! Gute!“ rief er wieder und schaute auf die Hände, die er in den Taschen steckte. „Aber ich will doch jetzt raus!“ — „Gute! Karpis! Gute!“

„Gute! Gute!“ rief er wieder und schaute auf die Hände, die er in den Taschen steckte. „Aber ich will doch jetzt raus!“ — „Gute! Karpis! Gute!“

„Gute! Gute!“ rief er wieder und schaute auf die Hände, die er in den Taschen steckte. „Aber ich will doch jetzt raus!“ — „Gute! Karpis! Gute!“

„Gute! Gute!“ rief er wieder und schaute auf die Hände, die er in den Taschen steckte. „Aber ich will doch jetzt raus!“ — „Gute! Karpis! Gute!“

„Gute! Gute!“ rief er wieder und schaute auf die Hände, die er in den Taschen steckte. „Aber ich will doch jetzt raus!“ — „Gute! Karpis! Gute!“



# Arbeiter die noch eine bürgerliche Zeitung halten, sind unau- geklärt. Sagt Ihnen: Mit der kommunistischen Presse bewaffnet Euch!

## Das Sprachrohr Weismanns.

### Neue „Enthüllungen“ des „Vorwärts“.

Die Berliner „Rote Fahne“ schreibt in ihrer Sonnabend-Ausgabe:

Der „Vorwärts“ fährt fort, sein Weismannisches Material zu drucken. Die Berichte, die er heute bringt, sind ganz im Stile der ersten gehalten und ebenso phantastisch und unglaubwürdig wie jene.

Der „Vorwärts“ wird aber deutlicher hinsichtlich der eigentlichen Zwecke, die die SPD-Führer mit diesen Veröffentlichungen verfolgen. Die Proletariat sollen mit allen Mitteln aufeinandergebracht, die werdende Einheitsfront gesprengt werden. Der „Vorwärts“ hofft vor allem, durch die neue kommunistische die Unabhängigen zu veranlassen, sich wieder unter die Obhut der SPD-Führer zu begeben. Was die „Freiheit“-Redaktion anbetrifft, so kann er allerdings mit Befriedigung konstatieren:

„Die „Freiheit“, bei der man in der letzten Zeit eine gewisse Annäherung der USP. an die Kommunisten beobachten konnte, rückt mit sichtbarstem Erschrecken von dieser sauberen Gesellschaft ab.“

Die „Freiheit“-Redaktion nimmt eine Haltung ein, die deutlich zeigt, daß sie bestrebt ist, die Bildung einer proletarischen Einheitsfront zu verhindern. Sie wiederholt mit Behagen alle Angriffe des „Vorwärts“ gegen die Kommunisten. Wir erwarten, daß alle Unabhängigen, die es ernst mit der Einheitsfront meinen, es verhindern werden, daß die USP. den SPD-Führern auf den Leim geht.

Der andere Zweck, den der „Vorwärts“ mit seinen Veröffentlichungen verfolgt, ist die Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter über die Unterstützung und Rechtfertigung der Klassenjustiz durch die SPD-Führer, die Entörung über die Haltung der SPD-Führer im Falle Dichtenburg, über die Haltung Madschuk dadurch zu bewerkstelligen, daß er neue Verleumdungen und Auslagen gegen die Märzstämper häuft. Freilich heuchelt der „Vorwärts“ einigermassen mit den „unschuldigen Opfern“ der „gewissenlosen Führer“. Der konkrete Erfolg seiner Veröffentlichungen kann aber nur der sein, daß der Klassenjustiz ein neuer Vorwand geliefert wird, um diesen Opfern die Amnestie zu verweigern.

Der „Vorwärts“ kann schon heute auf einen Erfolg seiner Denunziationen zurückblicken. Er teilt mit, daß gegen die durch sein Material belasteten Genossen Anklage erhoben worden sei. Die kommunistische Partei sieht dem rubia und gefassen entgegen. Die Anschuldigungen werden in aller Öffentlichkeit die ganze Unhaltbarkeit der Anklage beweisen.

Die kommunistische Partei braucht sich vor den Arbeitern nicht zu verteidigen. Denn sie weiß, daß die Arbeiter ihren Blick zum gemeinsamen Kampf trotz aller Manöver des „Vorwärts“ und der SPD-Führer durchsetzen werden.

Eins sieht schon jetzt sehr über eine politische Führung, die, um ihre gegenwärtigen Sünden zu verteidigen, geizig ist, in die Vergangenheit zurückzugehen, die, um den verlorenen Kredit bei den Massen wieder herzustellen, zu dem Material der politischen Falschheit und zu Denunziationen Zuflucht nimmt, über eine solche politische Führung ist das Urteil schon heute gefällt.

## Ein Hebertölpelungsmanöver der Industriellen.

Die Rede, die Direktor Krämer im Verband Berliner Kaufleute und Industriellen über die Kreditaktion der Industrie gehalten hat, liegt uns in einer authentischen Fassung vor. Wir greifen die wichtigsten Feststellungen und Forderungen der Rede heraus:

1. Krämer stellt fest, daß die Ablehnung der Sachwert-Erfassung vom Reichsanwalt Wirth ausging und daß Wirth es war, der sich an die Industriellen und Bankiers mit der Aufforderung zu einem Kreditangebot wendete.

Die Initiative gegen die Goldwert-Erfassung ging also von Wirth aus!

2. Krämer stellt fest, daß Rohstoffe höchstens noch bis April, für die meisten Industrien nur bis Februar vorhanden sind.

Wird also von der werktätigen Bevölkerung nicht rasch und gründlich in die Finanzwirtschaft, die Produktion und den Handel eingegriffen, so steht im Frühjahr eine neue Katastrophe bevor.

3. Krämer fordert „ganz andere Steuerleistungen als bisher“. Die größten Steuerleistungen sollen von den arbeitenden Massen genommen werden, die „Reichsrenten“ sollen nur als Deckung für die Steuern auf den Stoffverbrauch dienen. Krämer sagt: „Unser politisches Ziel ist es, daß indirekte Steuern (Umsatzsteuer bei 2% Prozent Steuerfuß mit 24 Milliarden für 1922 veranschlagt) nur zu bekommen sind, wenn der Besitz entsprechend herangezogen wird.“

Die Steuern auf den Konsum sind also das eigentliche und Hauptobjekt, die Besitzrenten nur der Köder, um sie zu bekommen.

4. Krämer wendet sich gegen die Steuererhebung der Eisenbahnen, aber er schlägt vor, das Privatkapital mit 49 Prozent daran zu beteiligen und Industrielle in den Aufsichtsrat zu setzen.

Das ist der Versuch einer raffinierten Hebertölpelung der arbeitenden Arbeiter. Da die Industriellen sehen, daß die völlige Auslieferung der Eisenbahnen an das Privatkapital auf zu große Widerstände stößt, wählen sie eine Form des gemischt-wirtschaftlichen Betriebs, die ihnen erlaubt, ihren Zweck im wesentlichen zu erreichen.

5. Krämer fordert von der Arbeiterschaft die Leistung von zwei Hebertölpelungen täglich. Es ist klar, daß das nur das Vorbild zur Durchbrechung des Achtstundentages ist.

Der Krämerische Plan stellt ein raffiniertes Hebertölpelungsmanöver der Arbeiterschaft vor. Gegenüber gegen die

Stinnespläne gerichtet, ist es der Versuch, sie im Weg eines Scheinkompromisses hoch durchzuführen. Das strategische Geschick der Industriellen ist nicht übel. Zuerst der läubende Schlag auf den Kopf, und dann die sanfte Melodie des Kompromisses. Diese Strategie muß von der Arbeiterschaft durchkreuzt werden. Die Erfassung der Sachwerte, die Kontrolle der Wirtschaft durch die Arbeiter, die Befreiung des Arbeitseinkommens von Steuerlasten, die Verteidigung des Achtstundentages muß gegen List wie gegen Gewalt durchgesetzt werden.

## Gewerkschaftsführer beim Reichsanwalt

WTB. Berlin, 25. November.

Der Reichsanwalt empfing heute Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenverbandes, welche die durch die Presse bereits bekannt gewordenen Forderungen zur Behebung der Finanznot des Reiches überreichten. Die Vertreter der genannten Verbände erklärten ihre Forderungen eingehend. Die Stellungnahme der Reichsregierung wird in einer zweiten Sitzung bekanntgegeben werden, die binnen kurzem stattfinden wird.

## Stresemann über Stinnes Reise nach London.

TU. Offenbach, 24. November.

Gestern abend sprach in einer Versammlung Abgeordneter Dr. Stresemann über die politische Lage und führte aus: Wir stehen auf den Gebieten der Außen- und Innenpolitik vor unendlich schweren Entscheidungen. Ich denke da an die Konferenz von Washington. In diesem Verhältnis ist die Lage nun das Kreditangebot der Industrie hinein, und zu dieser Situation kommt noch die Reise von Stinnes nach London und die Entlastung der Eisenbahnen. Bei der Reise von Stinnes habe ich mit tiefem Bedauern die Kommentare der deutschen Wäcker gelesen. Ich habe aber gesehen, daß die Pariser Blätter aufschrien über den Gedanken, daß Stinnes mit Lord George über den wirtschaftlichen Aufbau Englands durch England und Deutschland sprechen wüßte. Eine Kraftquelle für Deutschland ist aber der Wiederaufbau Englands. Darüber hat Stinnes auch mit Krasin, dem Abgeordneten Lenins, gesprochen. In

der Entlastung der Eisenbahnen, die von dem Verband der Industriellen verlangt wurde, hat die Deutsche Volkspartei noch keine Stellung genommen. Ähnlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht aber Einigkeit darüber, daß die Verhältnisse geändert werden müssen, damit wir aus der Weltwirtschaft herauskommen. In bezug auf die Erfüllung stehe ich auf dem Standpunkt, daß es nicht anständig ist, jetzt zu sagen, daß wir nicht zahlen können. Die moralische Einheitsfront ist jetzt unbedingt notwendig. Ich halte es für ganz verfehlt, daß die Erfassung der Sachwerte in diese Situation hineingebracht wird. Dies ist bischmal, wenn wir die Frage der Kreditentscheidung gelöst haben. Wenn das Reich sich mit 25 v. H. an der Landwirtschaft, an der Industrie und an der übrigen Volkswirtschaft beteiligt, werden wir das nicht bekommen, sondern unsere Feinde. Deshalb soll man eine solche Frage nicht bringen, ehe die Frage der Kriegsschuldung gelöst ist.

Stresemann ist bekanntlich das politische Faktum von Stinnes. Es ist darum besonders interessant, daß nunmehr auch er zugibt, daß die Reise von Stinnes politische Zwecke verfolgt. Die „Erschließung“ Rußlands, die Stinnes im Dienste des englischen Imperialismus befolgen will, soll einerseits England fördern, andererseits die Grundlage für eine neue imperialistische Entwicklung Deutschlands schaffen.

Was Stresemann weiter erzählt, ist eine Sammlung von schlechten Wägen. Ein schlechter Witz ist es, wenn er erzählt, daß die Deutsche Volkspartei noch keine Stellung zu der Entlastung der Eisenbahnen genommen habe; als ob im Reichsverband der Deutschen Industrie und im Vorstand der Deutschen Volkspartei nicht so ziemlich dieselben Personen säßen. Ein schlechter Witz ist es weiter, wenn er die Erfassung der Sachwerte erst für möglich hält, nachdem die Kriegsschuldung bezahlt ist. Als ob es sich bei der Erfassung der Sachwerte nicht darum handelte, wer die Kriegsschuldung bezahlen soll.

Es ist bemerkenswert, daß Stresemann jetzt plötzlich erklärt, daß man von einer Nichterfüllung der Reparationspflichten von Seiten Deutschlands nicht sprechen dürfte. Nachdem die Deutsche Volkspartei immerfort die „Nichterfüllung“ gepredigt hat. Das zeigt nur, daß der „Erfüllungs-witzler“ Wirth samt seiner Regierung sich dem Grobkapital vollkommen unterworfen hat und von der Gewährung der Kreditanleihe abhängig ist.

## Sozialdemokratischer Kurs Severing in Preußen.

### Landtagsführung vom Freitag, den 25. November.

„Auf dem Zettel des Ministers des Innern muß in diesem Winter ein Sozialdemokrat sitzen“, erklärte unlängst in einer Rede in Breslau Severing, als er es den Arbeitern seiner Partei plausibel zu machen versuchte, daß er unbedingt wieder Minister des Innern werden müsse. Wie unser Fraktionsredner Oberlein in der geistigen Sitzung des Preussischen Landtages bei der Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern sehr richtig hervorhob, muß tatsächlich in diesem Winter ein Sozialdemokrat auf dem Zettel des Ministers des Innern sitzen, den nur ein Sozialdemokrat wird imstande sein, in den nächsten Wochen und Monaten die Arbeiter niederzuhalten, wenn sie versuchen, sich gegen die ungeheure Not und die Verurteilung zu wehren. Von diesem Gesichtspunkt muß man ausgehen, wenn man die Politik der sozialdemokratischen Führer in der Regierung, im Parlament und außerhalb des Parlaments beurteilen und verstehen will. Die Große Koalition besteht nur solange, solange in ihr die sozialdemokratischen Führer die ihr von den anderen Koalitionsparteien zugewiesene Rolle des Mittels der Arbeiterkraft erfüllen. So begreift man, warum die Sozialdemokratie so schroff in den letzten Tagen die Annäherung der politischen Gelangenen ablehnte und noch ablehnt. So begreift man, warum Severing's erste Tat darin bestand, über Berlin den kleinen Belagerungsstand zu verhängen, so begreift man den wahren Untergrund der maßlosen Hege der sozialdemokratischen Führerschaft gegen die Kommunisten.

Genosse Oberlein hielt es deshalb in seiner gestrigen Rede im Landtag für seine Aufgabe, diese Zusammenhänge aufzuzeigen. Den Versuch des „Vorwärts“, die beginnende Einheitsfront der Arbeiterschaft durch Veröffentlichung von Berichten aus dem Material des Spitzels Weismann, die den Kommunisten die Schuld für die ritterlichen Kämpfe in die Schuhe schieben sollen, Louis Oberlein leicht abzuwehren. Unsere Leser finden den Bericht über diesen Teil seiner Rede an anderer Stelle.

Genosse Oberlein wies an den eigenen Worten des Ministers, die er noch kurz vor Antritt seines Amtes im Parlament ausprochen, nach, daß auch er nur die Politik seines Vorgängers Dominicus fortsetzen würde. Severing sagte damals wörtlich:

„Eine Klassenregierung einzusetzen und die Verwaltung im Sinne einer Klassengesellschaft zu führen, das lehne ich für meine Person im Namen der sozialdemokratischen Fraktion ab.“

Da in unserer Gesellschaft die Klassenunterschiede von Tag zu Tag schärfer und unüberwindlicher werden, so ist es eine der ersten Aufgaben der Arbeiterbewegung, die Klassenunterschiede zu beseitigen und die Arbeiter in der Lage zu setzen, sich selbst zu verwalten. Die Arbeiterbewegung ist die einzige Kraft, die in der Lage ist, die Klassenunterschiede zu beseitigen und die Arbeiter in der Lage zu setzen, sich selbst zu verwalten. Die Arbeiterbewegung ist die einzige Kraft, die in der Lage ist, die Klassenunterschiede zu beseitigen und die Arbeiter in der Lage zu setzen, sich selbst zu verwalten.

Genosse Oberlein wies nach, daß die Veränderungen im Reich, die man den Kommunisten so gern in die Schuhe schieben möchte, zum Teil von Braunsteinen angesetzt waren, und keinen anderen Zweck hätten, als Severing's Politik zur Verhängung des Belagerungsstandes zu geben. Wie sollte auch innerhalb der Arbeiterschaft in der Lage sein, sich selbst zu verwalten, wenn die Arbeiterbewegung nicht die Klassenunterschiede beseitigen kann? In diesem Sinne ist der Versuch dieser ganzen Hege.

Genosse Oberlein wies nach, daß die Veränderungen im Reich, die man den Kommunisten so gern in die Schuhe schieben möchte, zum Teil von Braunsteinen angesetzt waren, und keinen anderen Zweck hätten, als Severing's Politik zur Verhängung des Belagerungsstandes zu geben. Wie sollte auch innerhalb der Arbeiterschaft in der Lage sein, sich selbst zu verwalten, wenn die Arbeiterbewegung nicht die Klassenunterschiede beseitigen kann? In diesem Sinne ist der Versuch dieser ganzen Hege.

Erfüllung den Ausschluß aller Kommunisten verlangte, erklärte: „So was sagt man nicht, so was tut man!“

Um dem Minister Severing Gelegenheit zu geben, das zu erfüllen, was er ihm betreffs der Selbstschußorganisationen versprochen hatte, erklärte er heute, er habe eine ganze Reihe von Fällen über das Treiben und die Gefährlichkeit der Selbstschußorganisationen in Preußen-Deutschland. Der Selbstschuß lebt in Deutschland, in Preußen ruhig fort, und er bedeutet eine unendliche Gefahr, weil die Bewaffnung der Arbeiter unmöglich gemacht ist, und ihnen allerdings die Waffen abgenommen sind, während der Selbstschuß heute noch in unerhörter Weise mit einer Masse von Waffen versorgt wird.

Unser Genosse brachte hierauf unter dem lebhaften „Hört, Hört!“ der Kommunisten und Unabhängigen eine Reihe von Fällen vor, die 1. die Gefährlichkeit der Selbstschußorganisationen, 2. aber auch die Zusammenhänge zwischen diesen, den Behörden und der Sozialdemokratie in ein eigenartiges Licht rücken. Wir werden darüber noch eingehend berichten.

Anstatt daß nun der Minister Severing aber seine ganze Aufmerksamkeit diesen Selbstschußorganisationen widmet, steht er seine erste und wichtigste Aufgabe jetzt in einer neuen Kommunisten jagd, mit der er seine Amtstätigkeit beginnt. Zuerst müssen natürlich die Zeitungen leiden. So ist jetzt unser Parteiorgan in Königsberg wegen eines Artikel verboten worden, in dem die Tatsache gebrandmarkt wurde, daß einer unserer Parteigenossen nach seiner Entlassung aus lebensmonatiger Untersuchungshaft zwei Tage nach seiner Ankunft in Königsberg erneut verhaftet wurde wegen eines politischen Vergehens, das er Anfang 1919 begangen haben soll.

Das Ministerium des Innern begnügt sich aber nicht nur damit, den Kampf gegen die Zeitungen zu führen, es versucht auch alle anderen Einrichtungen der Kommunisten unmöglich zu machen. Mit allen Mitteln wird versucht, uns daran zu hindern, die Frauen und Kinder der politischen Gelangenen vor dem Verhungern zu schützen; der „Rote Hilfe“ werden die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Ebenso ist man gegen die Hilfsaktionen für die Hungernden im Sowjetrußlands in der Weise vorgegangen, daß man von den Arbeitern gesammelte Gelder und Bekleidungsgegenstände beschlagnahmt hat. Aus allen diesen Gründen braucht die kommunistische Partei die Handlungen dieses Ministers nicht erst abzuwarten. Herr Severing hat schon aus seiner früheren Tätigkeit so viele Schandfakten auf dem Gewissen, daß wir ihm jetzt mit dem größten Mißtrauen begaunen. Wir kündigen heute schon an, daß wir gegen diesen Minister und gegen jede seiner Maßnahmen gegen das Proletariat mit aller Schärfe, mit allen Mitteln, mit aller Leidenschaft kämpfen werden.

Auch der Unabhängige Seib wandte sich gegen die Praxis des Ministeriums des Innern. Er forderte Ausschluß darüber, welche der alten, demodierten Verordnungen und Cabinetborders noch in Kraft sind, die für die Verwaltung heute noch maßgebend sind, und deren Aufhebung noch in früheren Jahrhunderten zurückgeht. Aus den von ihm vorgebrachten Beispielen ging hervor, daß das Ministerium des Innern nicht nur gegen kommunistische Gewerkschaften vorgeht, sondern auch gegen Anhänger der USP.

Er wandte sich gegen die Sittlichkeitsmaßregeln, die erst jetzt im Reichs-Prozess zum Ausdruck gekommen sind. Ebenso wie unser Genosse Oberlein, wies er die Unmöglichkeit der Weiterbestimmungen nach, solange diese nicht direkt bei der Erzeugung zupacken.

Auch er erhob Einspruch gegen die Bestimmung des Reichs Belagerungsstandes und stellte die Frage, ob Severing den Hunger der Massen durch Eingreifen der Polizei stillen wolle. Der sozialdemokratische Professor hat den Sinn der Sozialdemokratie wohl am besten zum Ausdruck gebracht, als er sagte: „Severing war, der vor einiger Zeit in einer Rede in der ein Wägen war.“



# Breslauer Nachrichten.

## Eine Viehzählung

hat nach der Verordnung des Reichswirtschaftsministers am 1. Dezember 1921 im Deutschen Reich in üblicher Weise stattgefunden. Sie hat sich auf Pferde, Maultiere und Maultesel, Esel, Rinder, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen, Ferkel und Vienenvögel zu erstrecken. Die näheren Bestimmungen über die Ausführung der Zählung in Breslau sind im Breslauer Gemeindeblatt vom 27. November 1921 veröffentlicht.

## Aus der Provinz.

### Lohnbewegung der Textilarbeiter im Culengebirge.

Am Dienstag, den 22. November, fand in Langenbriela eine Mitgliederversammlung des deutschen Textilarbeiterverbandes statt. Wohl an die 4000 Menschen mochten auf den Beinen sein. Selbst die Schichtarbeiter in den Fabriken hatten ihre Arbeitsstellen verlassen und strömten in die Versammlung. Warum war wohl dieser ungeheure Andrang? Es sollte Bericht gegeben werden über die am Sonnabend, den 19. November, stattgefundenen Lohnverhandlungen der Bezirksgruppe Reichsbach der Textilarbeiter und dem deutschen Textilarbeiterverband. Kollege Lang gab den Bericht. Danach waren gefordert für männliche Facharbeiter ein Spitzenlohn von 7,50 Mark die Stunde, für weibliche 6,80 Mark. Der bläberige Lohn beträgt für männliche Arbeiter, einschließlich Kopf- und Feuerungszulagen 5-6 Mark. Die Forderung war also angesichts der entsetzlichen Teuerung mehr als bescheiden. Trotzdem wollten die Unternehmer über diese Forderungen nicht einmal diskutieren. Erst nach stundenlangem Verhandeln erklärten sich die Unternehmer bereit, für erwachsene männliche Arbeiter 0,70 Mark die Stunde und für erwachsene weibliche 0,50 Mark zu bewilligen. Die Unternehmer erklärten, sie wären nicht in der Lage, mehr zahlen zu können, da sonst die Textilindustrie vor einer ungeheuren Katastrophe stehen würde. Die Arbeiter ließen sich aber durch diese bekannten Winkeltzüge der Industriellen nicht ins Bodennorn jagen, sie blieben auf ihrer Forderung bestehen. Eine Einigung wurde nicht erzielt, die Verhandlungen scheiterten. Die Unternehmer hatten es aber verdammt eilig, diese Angelegenheit dem Schlichtungsausschuss in Schweidnitz zu übergeben. Schon Montag, den 21. November, fanden die Verhandlungen statt. Es ist anzunehmen, daß die Unternehmer schon vor den Lohnverhandlungen den Schlichtungsausschuss benachrichtigt hatten. Bei den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss erklärten die Unternehmer, wenn sie ihr Angebot ansich erhalten, dann müßten die Akkordlöhne der Weber auf den Durchschnittslohn reduziert werden. Diese unglaubliche Zielungsmaßnahme wurde von Seiten der Arbeitnehmerschaft zurückgewiesen. Der Spruch des Schlichtungsausschusses lautete: Für erwachsene männliche Arbeiter 1,20 Mark die Stunde, für weibliche 1 Mark, zahlbar ab 1. Dezember. Ab 1. Januar erhöht sich die Zulage auf 1,70 bzw. 1,50 Mark die Stunde. Die Verhandlungsleitung stellte es der Versammlung anheim, den Schlichtungsausschuss anzunehmen oder abzulehnen. Den Kollegen wurde es zur Pflicht gemacht, keine Überstunden zu leisten, bis die Lohnfrage geregelt ist. In der darauf folgenden Diskussion ging es recht lebhaft zu. Der erste Redner wies an einigen Beispielen nach, welsch ungeheure Summen dem Unternehmerum an Reingewinn in die Tasche fließen; wohingegen der Reallohn der Arbeiter gegenüber der Vorkriegszeit um 1/3 gesunken ist. Er verlangte, daß der Schlichtungsausschuss abgelehnt und dem Unternehmerum ein Minimum gehakt wird, sich binnen zwei Tagen zu erklären, ob sie eine 30prozentige Lohnhöhung zahlen wollen ab 1. November. Auch der nächste Kollege trat dafür ein, den Schlichtungsausschuss abzulehnen. Ein anderer Redner ging mehr

auf den stein der Lage ein. Er sagte, daß die ganzen Lohnverhandlungen, wie sie jetzt geführt werden, zwecklos sind. Durch die elende Arbeitseigenenschaftspolitik der Verbände verliert die Arbeiterchaft immer mehr im Glend. Die Lohnfrage sei eine glatte Machtfrage. Jetzt stehe der Arbeiterchaft noch eine politische Arbeitseigenenschaft bevor. Die Kollegen müssen sich gegen solche, sie aufs schwerste schädigende Tendenzen wehren. Diese verkehrte Politik der Verbände muß bekämpft werden. Der letzte Diskussionsredner forderte die Verbandsleitung auf, in den Betrieben eine Urabstimmung über Eintritt in den Streik vorzunehmen. Er forderte die Kollegen und Kolleginnen auf, wenn sich der Kampfvorstand weigern sollte, einen eventuell ausbrechenden Streik zu genehmigen, oder die Sache in die Länge zu ziehen, die Verbandsbeiträge zu sperren. Viele Kollegen machten durch erregte Zwischenrufe ihrem Ärger über die Laune der Verbandsleitung Luft. Die Verbandsleitung reagierte fast gar nicht auf die Anregungen der Diskussionsredner. Sie sagte, die Versammlung wäre nicht kompetent, entscheidende Schritte zu unternehmen, denn in unserem Lohngebiet kämen etwa 20000 Textilarbeiter in Betracht, da hätten die anderen Jahrestellen auch noch ein Wort mitzureden. Zum Schluß wurde ein Antrag einstimmig angenommen, bei dem Schlichtungsausschuss ablehnt und die Verbandsleitung beauftragt, sofort neue Verhandlungen mit den Unternehmern anzubahnen.

Lauban. Deutscher Textilarbeiterverband. Die am Dienstag im Volksbause tagende Mitgliederversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuches. Kollege Kutschan hielt einen Vortrag über „Neue Wege und Aufgaben der Gewerkschaften“. Zu der am 26. und 27. November in Breslau stattfindenden Frauenkonferenz wurden die Kollegen Beier und Schulz als Delegierte gewählt, zwei weitere Kolleginnen als Ersatzpersonen. Als Delegierter zu der am 4. Dezember in Kassel stattfindenden Mehrfachlohnkonferenz wurde der Kollege Kutschan einstimmig gewählt. Den Bericht von der letzten Disziplinungskonferenz erarbeitete Kollege Kutschan. Nachdem Kollege Kutschan auf die vom Freitag, den 18. d. M., bis einschließlich Dienstag, den 22. d. M., für die Textilarbeiterchaft geöffnete Hygiene-Anstaltung hingewiesen hatte und die Kollegenheit zu recht regem Besuch aufgeweckt wurde, wurde noch ein Liebelstand berührt, daß die Unternehmer ein Interesse daran haben, daß der Wustag vollständig herausgearbeitet werden soll. Wenn die Unternehmer in jeder Weise wollen, so sollen sie mit dafür sorgen, daß dieser für die Arbeiterchaft unnütze Feiertag bald vermindert. Auf der einen Seite halten sie äußerlich — und streng christlich — daran, daß der Feiertag geachtet wird, auf der anderen Seite aber juchen sie Mittel, wie alle Feiertage wieder durch „Verausarbeiten“ aufgehoben werden sollen. Die Laubaner Textilarbeiterchaft wird noch ein ganz Teil aufmerksamer werden müssen, sonst schlägt sie sich den Achtundzestig selbst um die Ohren, wenn sie ihn sich selbst vernachlässigt hat. In vorgerückter Stunde wurde nach Bekanntgabe aller eingereichten Forderungen die Versammlung geschlossen.

Siegnitz. Ein ungläublicher Vorgang spielte sich dieser Tage hier ab. Im Wartesaal des Bahnhofs unterhielten sich einige Leute über die traurige Lage der Arbeiterchaft infolge der unverschämten Bemühungen, als einzige Schutzbesaure, die durch einen Patentkreuzjüngling dazu animiert worden waren, erschienen und einen Arbeiter, der sich an dieser Unterhaltung beteiligen wollte, verhaften wollten. Der Herrende weigerte sich, mitzugehen, da er keine strafbare Handlung begangen habe und auch in der Lage sei, sich gehörig auszuweisen. Trotzdem wurde der Arbeiter nach der Wache Karlsruher Vorstadt geschleppt. Auf dem Wege nach der Wache und auch dort beschimpfen und traktierten diese hinter der Ordnung den Zitierten auf ganz gemeine Weise. Einer dieser uniformierten Notodds jagte: „Zag Herr Weauer, sonst kriegst du ein Paar in die Fresse!“ Unterwegs stürzten sie die Pistolentaschen und schloßen sie erst, als der Arbeiter fragte, ob man etwa einen Mordverdacht konstruieren wolle. Auf der Wache wurde er wieder beschimpft. Ein Scherzmann jagte: „Püßst Du ihm doch mit der Kette in die Fresse gehauen!“ Der Arbeiter, der schwer nervenleidend ist, bat um Sitzgelegenheit. „So ein Schweinehund wie Du darfst sich hier nicht jehen,“ gab man ihm zur Antwort. Wir fragen

die vorgesetzte Behörde, was sie zu tun gedenkt, um derartige unerhörte Vorfälle, die nicht nur in Siegnitz, sondern auch in anderen Orten vorkommen, unmöglich zu machen. Wird man diese Vorfälle zur Verantwortung ziehen? Es zeigt sich immer mehr, daß der alte militärische Geist bei der Schutzpolizei gang und gäbe ist. Auch das ist ein Beweis dafür, daß die sogenannte „demokratische Republik“ nicht das System ist, das die Arbeiterchaft braucht. Die arbeitende Bevölkerung muß sich an Stelle dessen etwas anderes, die Herrschaft der Arbeiterchaft, die wirkliche sozialistische Republik erkämpfen. Nicht schimpfen und die Faust in die Tasche stecken, sondern tatkräftig mitwirken, hinein in die kommunistische Partei und mitkämpfen.

Landeshut. Die Konjungenoffenschaftsversammlung am 15. November im Schützenhaus nahm den Geschäftsbericht des Vorstandsmittglieders Seeliger, Neu-Zalzburg, entgegen. Hieraus ging hervor, daß auch die Konjungenoffenschaft infolge der Marktentwertung den Warenbedarf der Mitglieder nicht mehr zu decken vermögen. Eine Erhöhung der Geschäftsanteile macht sich notwendig. In der Aussprache wurden eine Menge Beschwerden über schlechte Vesteuerung der Landeshuter Lager laut, wodurch die Mitglieder gezwungen wurden, ihr Geld zu den Krämmern zu tragen. Allgemeines Erstaunen erregte die Mitteilung, daß das Lager 18, welches inmitten der Stadt liegt, fast unter dem Durchschnittsumsatz geblieben ist. Man kann annehmen, daß die Schuld den bereisenden Lagerhalter trifft. Denn die Beschwerde eines Genossen, wonach sich der Lagerhalter rege an den öfteren Verschimpfungen der janatisch verhassten Kommunisten im Lager beteiligt, berechtigt dazu. Es wäre wahrhaftig besser, wenn diese Leute die öffentlichen Versammlungen benutzten, politische Gegenstände auszutragen, nicht aber den Genossen die Einfäufe in dem Lager durch giftige Nebenarten vereiteln. In Landeshut scheinen die SPD-Spitzen überhaupt eine von den Arbeitern unverständliche Politik einzuschlagen. Ob die Koalition mit der Großindustrie schuld ist? Wahrscheinlich, denn seit wann ist es Probe, daß sich ein neuangestellter sozialdemokratischer Parteisekretär bei dem „über den Parteien stehenden“ (?) 1. Bürgermeister sofort, nicht aber seit monatelanger Anwesenheit, in einer öffentlichen Versammlung den Arbeitern vorstellt? Wenn es Stinnes so will, dann habt den Mut und jagt es den Massen.

Landeshut. In unserer am 19. d. Mts. in der „Sonne“ abgehaltenen Monatsversammlung der SPD. erstattete Genosse Gustav Müller Bericht vom Bezirks- und Unterbezirksparteitag. Die Beschlüsse dieser Tagungen wurden anerkannt, mit Ausnahme der Ablieferung von zwei Drittel aller Zellerammlungen an den Unterbezirk. Beschlossen wurde, mit einer gewählten Kommission, dem Unterbezirksleiter und der Stadtverordneten-Fraktion in einer gemeinsamen Sitzung Stellung zu nehmen über evtl. Weiterverbleiben unserer Genossen im Magistrat. Infolge Ueberlastung mit anderen Ehrenämtern usw. erklärten sie, die Arbeit im Magistrat nicht genügend intensiv bewältigen zu können. Der Vorsitzende teilte mit, daß wir infolge Saalmangels nicht in der Lage sind, den Lichtbildvortrag über Sowjetrußland stattfinden zu lassen. Genossen, welche sich an der Werbung für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ beteiligen, wollen sich bei Genossen B. Brüdner melden.

Saynau. Mit was sich die Gerichte beschäftigen. In der Schöffengerichtssitzung am 24. November kam folgende Sache zur Verhandlung. Ein Kutscher hatte Verurteilung eingelegt gegen eine Polizeitruppe. Der Tatbestand war folgender: Von dem Strohwagen, welchen der Kutscher zu besördern hatte, waren ein paar Halme Stroh auf die Straße gefallen. Der städtische Bauaufseher, gleichzeitig auch Stadtverordneter der SPD, lief zur Polizei und der Erfolg war ein Strafmandat für den Kutscher über 3 Mark. Das Gericht kam zur Freisprechung, weil sich der Kutscher auf den Wind berufen konnte, der das Stroh entführt hatte. Die SPD-Ordnungsbüro von Saynau scheint der Ansicht zu sein, daß die Steuergrößen auf diese Art und Weise verplempert werden müssen.

## Aus dem Waldenburger Revier.

Sittersbach. Erklärung! Den Genossen zur Kenntnis, daß das vom Bezirksleiter der SPD, Hoffmann, ausgesprochene Gerücht, daß ich aus der SPD. aus- und zur SPD. übergetreten sei, un wahr ist. Mir scheint, hier ist der Wunsch Vater des Gedankens. Richard Schüb.

## Versammlungskalender.

SPD. Breslau. Kommunistische Eisenbahner. Mittwoch, den 30. November, im Parteibüro: Sitzung. Erscheint aber unbedingt Pflicht.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Saund, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichsdruckerel. G. m. b. H., Berlin SW 48. Tel. Nibow 193 und 1937.

Wer Wichtiges weiß über die Rüstungen der monarchistischen Gegenrevolution, über das Treiben der „Selbstschußorganisationen“, melde sich auf der Redaktion der „Schlesischen Arbeiterzeitung“. Unkosten werden vergütet.

Sch bestelle hiermit — Exemplar der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ Organ der kommunistischen Partei Deutschlands. (Zeilung der kommunistischen Internationall.) Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags. Abonnementpreis frei Haus monatlich 6,10 RM., wochentlich 1,50 RM. Name: \_\_\_\_\_ Strafe: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_ Straße und Hausnummer: \_\_\_\_\_

## Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H., Breslau

Dienstag, den 29. November, abends 7 Uhr, Außerordentliche Generalversammlung im Sausaui, Reichsstraße. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Liquidation des Verlags. Päatliches Erscheinen der Genossen wird erwartet. Als Ausweis dicke die Eingliederung. Der Vorstand. Niedel, Kowal.

Kaufen Sie jetzt, dann sparen Sie Geld! Wlster, Raglan, Sport-Joppen. Bekommen Sie noch andere tolle, solange der Vorrat reicht, im Herren-Schleissung-Haus. Inh.: Hermann Perleitzke.

Wiederholer. Lassen billig a. gut. Socken, Hemden, Unterhosen, Tischtücher, Servis, Zwickel, Kragen, etc. E. Lehmann, Breslau. Spitzstraße 7. Rubensstraße per Rad. u. 100% an. Preisliste gratis.

Schlesischer Schillingen „Kaiser“ Wahl. Volks-Wahl. Nicht in Losen. Inv. u. 1. Wahlzettel von Herrn Dr. Wöhl. Hugo Klose. Panstraße 23.

Pressowaldschmidt 500 Stück große schwere Stoffdecken blau, braun, grün und dunkel gemustert. für Joppen, Mäntel, Kindermäntel geeignet, zirka 140x190 groß Stück 58<sup>00</sup>

Liedlich-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr: Das große November-Programm. Huzüge, Entlawan, gestr. Hosen, Hflter, Raglan nach Maß. 650—1200 M. Arthur Schubert Breslau. Herren-Modengeschäft. Goldene Sandergasse 27b. Ecke Reussstraße. Fahrpläne d. Linie 5 u. 6.

Wichtig! Wo? Heil. Kluge. Zelle für alle Allmetalle. Otto. Mischel 1.